

Entwürfe für ein Deutschland nach Hitler - und was davon blieb

Prof. Dr. Arno Klönne, geb. 1931 in Bochum, studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Köln und Marburg, war Dezernent für Jugendpflege beim Land Hessen und lehrt heute Soziologie an der Universität/Gesamthochschule Paderborn.

Sozialistische Gesellschaftsentwürfe in den Gründerjahren der Bundesrepublik

Es liegt nahe, den Aufbau eines freiheitlich-demokratischen und sozialstaatlichen Politiksystems in der Bundesrepublik, wie es im Grundgesetz in seinen „Eckwerten“ definiert ist, als „Vermächtnis“ des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur zu deuten und damit auch historisch zu legitimieren. Läßt sich diese Version halten? Wie haben sich die Gegner des Hitler-Regimes, sei es im deutschen Untergrund, sei es im Exil, die deutsche Politik und Gesellschaft nach dem erhofften Ende des Dritten Reiches vorgestellt? Inwieweit haben solche Entwürfe Eingang in die Grundordnung der Bundesrepublik gefunden?

In der Literatur wird häufig auf ein Dokument verwiesen, in dem kurz vor dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands, nämlich am 13. April 1945, Erwartungen und Hoffnungen vor allem jener Richtung der deutschen Opposition noch einmal Ausdruck fanden, die aus der Tradition der Arbeiterbewegung

kam. Dieses „Buchenwalder Manifest“,¹ hervorgegangen aus Diskussionen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen im Konzentrationslager, proklamierte ein „basisdemokratisches“ Politiksystem, einen „neuen Typ der Demokratie“; es forderte die „Einheit der sozialistischen Bewegung“ als „Freiheit in der Diskussion und Einheit des praktischen Handelns“ und es wies dem neuen Deutschland einen Platz in einer „sozialistischen europäischen Staatengemeinschaft“ zu. Als Voraussetzung des Wiederaufbaus in Deutschland galt dem „Buchenwalder Manifest“ die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse: „Überzeugt, daß die letzte Ursache zu diesem ungeheuerlichsten aller Kriege in der Raubtiernatur der kapitalistischen Wirtschaft... liegt, fordern wir, daß den Gesellschaftskrisen durch eine sozialistische Wirtschaft ein absolutes Ende gesetzt wird. Deutschland kann ökonomisch nur auf sozialistischer Grundlage wieder aufgebaut werden.“

Zumindest in diesem Punkt war das „Buchenwalder Manifest“ repräsentativ für die Zukunftspläne, die in Zeiten des Widerstandes und der Haft oder im Exil bei den meisten Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Linksozialisten bestanden.² Das gilt wohl auch für viele Kommunisten, wenngleich die Exilführung der KPD, der sowjetischen neuen Linie folgend, die Vision vom „Rätedeutschland“ gegen das Bild einer „antifaschistisch-demokratischen“, die „bürgerliche Revolution nachholenden“ Neuordnung in Deutschland ausgetauscht hatte, sich insofern also die KPD um 1945 in Fragen der Gesellschaftspolitik programmatisch rechts neben der Sozialdemokratie angesiedelt hatte. Daß die reale gesellschaftliche Entwicklung in Westdeutschland und dann in der Bundesrepublik sich nicht an sozialistische Leitbilder gehalten hat, ist bekannt; seit den sechziger Jahren ist in der westdeutschen Linken in mancherlei Abwandlungen die Lesart aufgekommen, es habe sich hier um den historischen Vorgang einer „verhinderten Neuordnung“ gehandelt. Theo Pirker beispielsweise schreibt, daß „in Deutschland und Westdeutschland in großen Teilen des antifaschistischen Widerstandes wie auch nach 1944/45 eine entschiedene Wiederbelebung des Antikapitalismus“ stattgefunden habe und deutet damit auf „verpaßte Chancen“ einer Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft hin.³ Erich Kuby hat jüngst noch einmal, unter Berufung auf das „Buchenwalder Manifest“, den „Versuch eines deutschen Neubaus nach sozialistischen Grundsätzen“ als eine Konsequenz der historischen Erfahrungen in der Ära des Dritten Reiches beschrieben und es vornehmlich der SPD angelastet, daß dies eine „Episode“ geblieben sei.⁴

Was die Gründe für das Scheitern sozialistischer Gesellschaftsentwürfe in den Gründerjahren der Bundesrepublik angeht, so finden sich in der Literatur über die „versäumte Gelegenheit“ noch andere oder zusätzliche Hinweise,

1 Vgl. W. Benz, Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie, in: Th. Koebner/G. Sautermeister/S. Schneider (Hrsg.), Deutschland nach Hitler, Opladen 1987.

2 Hierzu Näheres in den Beiträgen von A. Sywotek und D. Lehnen in: J. Schmädke/P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1985.

3 Th. Pirker, Vom Ende der Arbeiterbewegung, in: R. Ebbighausen/F. Tiemann (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?, Opladen 1984, S. 47.

4 E. Kuby, Deutsche Schattenspiele, Hamburg 1988, S. 87 f.

etwa der auf eine „Unentschiedenheit“ der Gewerkschaften oder der auf den abschreckenden Effekt der Politik in der sowjetischen Besatzungszone und die damit verbundene Diskreditierung sozialistischer Ideen; hingewiesen wird zugleich auf die Vetoposition, die gegenüber allen antikapitalistischen Versuchen die westliche Besatzungspolitik einnahm.

Diese Deutungen sollen hier nicht diskutiert werden; es soll aber gefragt werden, was es denn mit dem „antikapitalistischen Erbe“ des antifaschistischen deutschen Widerstandes und Exils auf sich hatte und in welchem Verhältnis die Gesellschaftsentwürfe der deutschen Opposition gegen das Hitler-Regime zur historischen Realität standen.

Kontroversen über die Chancen zu einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung

Daß programmatische oder konzeptionelle Bemühungen im Bereich der Arbeiterbewegung eher in der deutschen antifaschistischen Emigration als bei der Untergrundtätigkeit in Deutschland im Mittelpunkt standen, ist nicht verwunderlich, und es erstaunt auch nicht, daß solche Diskussionen und Pläne der Emigranten, angesichts des erzwungenen Erfahrungsabstandes gegenüber der deutschen Wirklichkeit nach 1933, oft etwas Künstliches an sich hatten. Als die SPD im Exil anläßlich des dritten Jahrestages der „Machtergreifung“ ihren Aufruf „Für Deutschland - gegen Hitler“ herausbrachte, wurde darin das Bild eines „Sturzes der Despotie durch den Sieg im revolutionären Kampf“ ausgemalt; dieser Kampf sollte „erwachsen aus der Tat der Massen selbst“, angeleitet „durch eine entschlossene, von radikalem Kampfgeist durchseelte, von einer erfahrenen Elite geführten Partei des revolutionären Sozialismus“.⁵

Das waren starke Worte, die zweifellos keine Entsprechung in der Reichweite des deutschen Arbeiterwiderstandes zu dieser Zeit hatten, die auch wenig zu tun hatten mit dem traditionellen Verhaltensstil der Sozialdemokratie. Wirksam wurde hier vielmehr ein gedanklicher Radikalismus, der aus der Enttäuschung über die politische Ohnmacht der moderaten sozialdemokratischen Politik in der Krise der Weimarer Republik herrührte und zudem von jenen revolutionär gestimmten linkssozialistischen Gruppen angeregt war, die nach 1933 ihre Aktivitäten zum Teil in die Sozialdemokratie hineintrugen.

Als Hitler-Deutschland den Zweiten Weltkrieg in Gang setzte, als die kriegerische Funktionstüchtigkeit der deutschen Gesellschaft die Welt in Schrecken setzte, gaben viele Repräsentanten des antifaschistischen deutschen Exils dennoch die Hoffnung nicht auf, das deutsche Volk werde sich aus eigenen Kräften vom Hitler-Regime befreien. Dieses Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit innerdeutscher Opposition, in deren Möglichkeiten, das NS-

⁵ „Sozialistische Aktion“, Februar 1936. Dazu auch, immer noch lesenswert: L. J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, Hannover 1960.

System von innen her zu stürzen, belebte sich noch einmal neu, als die militärische Lage sich zugunsten der Alliierten veränderte. Mußten solche Erfahrungen nicht auch diejenigen Deutschen zum Nachdenken bringen, die sich bisher von den militärischen Erfolgen der deutschen Wehrmacht hatten „blenden“ lassen? War nicht zu erwarten, daß nun Widerstandsgruppen wachsende Zustimmung bei der deutschen Bevölkerung erhielten?

Ein Beispiel für viele andere: Als sich im Sommer 1943 in den Vereinigten Staaten emigrierte deutsche Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu einer Konferenz trafen, bei der über den künftigen staatlichen Aufbau einer deutschen Demokratie diskutiert wurde, beschlossen sie eine Resolution, in der von einer zu erhoffenden deutschen Revolution die Rede war; der „zur Tat gewordene Wille des deutschen Volkes zur Freiheit“ sollte dem Hitler-Regime revolutionär ein Ende setzen, noch bevor „ein Soldat der alliierten Mächte deutschen Boden betreten müßte“.⁶

Heute wissen wir, daß diese Erwartung realitätsblind war. Was das antifaschistische Exil angeht, so hatten Illusionen, wie sie hier zum Ausdruck kamen, ihre tieferliegenden Gründe. Die Mehrheit der in die Emigration gezwungenen deutschen Hitlergegner definierte sich selbst als Auslandsvertretung eines anderen und besseren deutschen Volkswillens, der vornehmlich durch Repression daran gehindert sei, sich in Deutschland selbst öffentlich zu äußern. Ein antifaschistischer Intellektueller wie Alfred Kantorowicz kennzeichnete damals das nationalsozialistische Regime als „braune Besatzungsarmee auf deutschem Boden“. Naheliegenderweise setzten antifaschistische deutsche Emigranten dem Anspruch des Dritten Reiches, die deutsche Nation zu repräsentieren, ihren eigenen, demokratischen Patriotismus entgegen. Insbesondere Sozialdemokraten oder Kommunisten konnten darauf verweisen, daß noch 1933, schon unter dem verfolgerischen Zugriff der Hitler-Regierung, ihre Anhängerschaft sich gegenüber der Wahlwerbung der NSDAP als weitgehend immun erwiesen hatte. Zudem gab es keinen Zweifel daran, daß in Deutschland viele Tausende von Aktivisten der linken Illegalität jahrelange Haft oder den Tod auf sich genommen, am Widerstandswillen festgehalten hatten.

Aber ließ sich daraus auf eine Mehrheitsfähigkeit des Antifaschismus in Deutschland schließen? Traf es die durchschnittliche politische Bewußtseinslage der Deutschen, wenn Deutschland als ein von den Nazis besetztes Land charakterisiert wurde? Und hatte der Widerstand gegen das Hitler-Regime eine Chance, in Deutschland sozusagen volkstümlich zu werden?

Es gab in der deutschen Emigration Publizisten, Literaten oder Politiker, die auf diese Fragen mit einem eindeutigen Nein antworteten. Sie wurden dadurch im Milieu des antifaschistischen Exils eher zu Außenseitern, gerieten in den Verdacht, den Alliierten zu Gefallen das demokratische deutsche Nest zu beschmutzen.

⁶ Siehe W. Benz (Hrsg.), *Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen*, München 1979, S. 88.

Aus den unterschiedlichen Einschätzungen des Kräfteverhältnisses von „Faschismus“ und „Antifaschismus“ im deutschen politischen Bewußtsein ergaben sich Konsequenzen auch für die Planung der deutschen Zukunft nach Hitler. Wer davon ausging, daß der Nationalsozialismus die breite Mehrheit der Bevölkerung bei allen Vorbehalten letzten Endes doch repräsentierte, wer die Selbstbefreiung Deutschlands vom Hitler-Regime für unmöglich hielt, der konnte vorausahnen: Es würde von den Entscheidungen der künftigen Siegermächte abhängen, welche Wege der politischen und sozialen Umgestaltung in Deutschland beschritten werden könnten und ob dem deutschen Nationalstaat noch eine Zukunft eingeräumt würde.

Die Kontroversen hierzu, die in der deutschen Emigration geführt wurden, fügten sich nicht in das Schema der parteipolitischen Fronten ein. Es gab beispielsweise Kommunisten, die nicht an die Chance einer selbsttätigen antifaschistisch-demokratischen Erneuerung der deutschen Nation glaubten, auch wenn die offizielle Parteilinie dieses Entwicklungsmodell bevorzugte. Es gab Sozialdemokraten, die demgegenüber jeden Zweifel an der demokratischen Zuverlässigkeit der Majorität in Deutschland für Verrat an der deutschen Sache hielten, und nach 1945 wurde diese Auffassung von Kurt Schumacher zum parteioffiziellen Standpunkt der wiedergegründeten SPD erhoben. Es gab aber auch konservative Gegner des Hitler-Regimes, die keinerlei Zutrauen in demokratische Selbstreinigungskräfte Deutschlands setzten.

So oder so hingen derartige Lagebeurteilungen mit dem Verständnis von der Vorgeschichte des Dritten Reiches zusammen. War der Übergang in das Dritte Reich 1933 ein Bruch mit den bis dahin in der deutschen Politikgeschichte vorherrschenden Entwicklungslinien? Oder war das Dritte Reich in der Tat, wie es 1933 verkündet wurde, die Vollendung einer längst vorher angelegten und breit verankerten Konstruktion deutscher Politik - einer „deutschen Alternative“ zu den Ideen der Demokratie, der Menschenrechte und der Völkerverständigung? War möglicherweise auch die deutsche Arbeiterschaft oder Arbeiterbewegung nicht frei von der historischen Mitverantwortung für diese deutsch-nationale, freiheitsverachtende politische Philosophie und gesellschaftliche Praxis?

Die Debatte über diese Fragen im Kreis der deutschen Emigranten ist ohne klärende Ergebnisse geblieben, und sie stand unter dem inneren Druck, möglichst nicht durch Argumente deutscher Antifaschisten zu einer harten Politik der Alliierten in dem erhofften Deutschland nach Hitler beizutragen.

Stärker noch wurde dieses Motiv nach 1945 wirksam. Die deutschen Politiker und Publizisten, auch die Antifaschisten unter ihnen, waren nun daran interessiert, Härten der Besatzungspolitik zu mildern und den eigenen Handlungsraum gegenüber den Besatzungsmächten zu erweitern, und da lag es nahe, Verantwortung oder Mittäterschaft im Hinblick auf das Dritte Reich einer möglichst geringen Minderheit der deutschen Gesellschaft zuzuschreiben, Deutschland selbst als das Opfer einer terroristischen Bande nationalsozialistischer Abenteurer erscheinen zu lassen.

Ein Mann wie Friedrich Wilhelm Foerster, der damals davor warnte, bei der Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reiches das deutsche Volk in der Rolle des Opfers wahrzunehmen, galt auch den meisten deutschen Antifaschisten als Querulant. Foerster, ein christlich-konservativer Kritiker des preußisch-deutschen Macht- und Militärstaates schon vor 1933, zog wütende Reaktionen auf sich, als er 1947 in einem Beitrag für die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb: „Die Idee der (selbsttätigen) Denazifizierung der Deutschen ist eine Emigranten-Idee, die die irreleitende Vorstellung verbreitet hat, das deutsche Volk sei 1933 von einer Minorität von Verbrechern vergewaltigt worden.“⁷

Auf eine gründliche politische Bekehrung der Deutschen hofften nach dem Ende des NS-Regimes aber auch einige deutsche Hitlergegner, die sich sehr wohl darüber im klaren waren, wie eng das Dritte Reich mit der in Deutschland herrschenden Ideenwelt und mit Traditionen aus der Zeit vor 1933 zusammenhing. Mitunter kam es hier zu einer geschichtsphilosophischen Überhöhung: Es wurde unterstellt, daß der tiefe politisch-moralische Fall Deutschlands eine herausragende politisch-moralische Wiederaufrichtung hervorrufen könne. Der in die USA emigrierte Schriftsteller Hermann Broch schrieb 1945: „In Deutschland tritt der mystische Zusammenhang von Schuld und Sühne am handgreiflichsten zutage; in der Regeneration der Welt wird Deutschland die führende Rolle spielen.“⁸

Das war eine Erwartung, die kaum etwas mit der Gefühlswelt der Mehrheit der Deutschen nach dem Sturz eines politischen Systems zu tun hatte, den sie selbst nicht herbeigeführt hatte - nach einer Befreiung also, die diese Mehrheit selbst nicht betrieben und so wohl auch kaum herbeigewünscht hatte.

Nicht nur die weltpolitische, bald in den Kalten Krieg hineinführende Konstellation nach 1945 stand allen hochfliegenden Ideen von einer „vorbildlichen“ neuen Gesellschaftsordnung für Deutschland nach Hitler entgegen und hatte zur Folge, daß in zwei deutschen Staaten entgegengesetzte Gesellschaftsverfassungen zustande kamen, denen jeweils Grundentscheidungen der Besatzungsmächte ihre Prägung gaben. Auch die Bewußtseinslage der Bevölkerung in der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft 1945 war nicht dazu angetan, Energien für einen Neubau „von Grund auf“ freizusetzen.

Linkssozialistische Intellektuelle im Exil hatten zeitweise erhofft, daß sich aus einer deutschen „Abrechnung mit Hitler“ der Antrieb für einen deutschen und dann europäischen Sozialismus entwickeln könne; unmittelbar nach 1945 nahmen parteipolitisch nicht gebundene Linke in Deutschland diesen Gedanken wieder auf und formulierten eine gesellschaftspolitische „Mission“, die von der jungen deutschen Generation ausgehen könne, die vor den Trümmern der „alten Welt“ stünde. Hans Werner Richter schrieb im Oktober 1946 in der von ihm und Alfred Andersen herausgegebenen Zeitung „Der Ruf“: „Die junge deutsche Generation kann die Brücke bauen, die vom Osten

7 Die deutsche Frage - von drinnen und draußen gesehen. Friedrich Wilhelm Foersterns Stellungnahme und Antworten, Hannover 1947.

8 H. Broch, Briefe über Deutschland 1945-1949, Frankfurt 1986, S. 26.

zum Westen und vom Westen zum Osten führt, sie muß den Sozialismus demokratisieren und die Demokratie sozialisieren, auf einer höheren Ebene die sozialistische Ideologie des Ostens und die demokratische Ideologie des Westens in sich vereinen."⁹

Die Deutschen - oder die jungen Deutschen -, eben erst dem Nationalsozialismus entrückt, als Brückenbauer der Weltpolitik, als Stifter einer weltgeschichtlichen Synthese, als Vorläufer auf einem „Dritten Weg“, der die Misere des Kapitalismus wie die des Kommunismus hinter sich lassen sollte? Mit solchen Entwürfen, in denen deutsches Sendungsbewußtsein sich ins Friedliche verlagert hatte, war dem Gang der Geschichte denn doch ein bißchen zuviel zugemutet. Freischwebende unke Konzepte dieser Art hatten übrigens zwar nicht in den gesellschaftspolitischen Konkretionen, aber doch im Denkstil viele Berührungspunkte mit Entwürfen für eine deutsche Neuordnung, wie sie in konservativen Kreisen im Vorfeld des 20. Juli 1944 diskutiert wurden.¹⁰ Hier wie dort wirkte die Tradition einer spezifisch „deutschen“ politischen Philosophie, die sich als Antithese zum „westlichen Rationalismus“ verstand und kaum dazu geeignet war, die Dynamik der kapitalistischen Ökonomie wie auch die Regulierungsfähigkeit eines „offenen“ Politiksystems im Sinne westlicher Demokratien zur Kenntnis zu nehmen.

Die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik: Abseits der Utopien

Die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik entwickelte sich fernab von feudalen wie von Sozialrevolutionären Utopien. An Leitideen der deutschen Opposition gegen das Dritte Reich konnte das Grundgesetz insoweit anknüpfen, als in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur Einsichten in den Vorrang der Menschenrechte und in die Unabdingbarkeit rechtsstaatlicher Verhältnisse herangereift waren, auch insoweit, als nationalstaatliche Beschränktheiten politischen Denkens durchbrochen waren, was gerade auch für die Exilerfahrungen deutscher Sozialisten gilt. Daß die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik der kapitalistischen Ökonomie sozialstaatliche Zügelungen auferlegte, war im wesentlichen den Gewerkschaften und ihren sozialpolitischen Bundesgenossen bei der Sozialdemokratie und im Arbeitnehmerflügel der Union zu verdanken. Dieser historische sozialstaatliche Konsens, der inzwischen brüchig geworden ist, gab der Eingewöhnung der Westdeutschen in demokratische Politikformen einen tragfähigen sozialen Boden; die Leitidee des demokratischen Sozialstaates hatte ihre Herkünfte nicht so sehr in den Neuordnungsprojekten des Exils oder des Widerstandes, sondern mehr in den Praxiserfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Nachfolgeorganisationen. Das soll nicht heißen, daß Zukunftsentwürfe für ein Deutschland nach Hitler, die historisch ohnmächtig blieben, heute in Vergessenheit bleiben dürften; es findet sich

⁹ Nachdruck in: H. Schwab-Felisch (Hrsg.), *Der Ruf - Eine deutsche Nachkriegszeitung*, München 1962, S.46f.

¹⁰ Dazu die kritische Deutung von H. Mommsen, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*, in: H. Graml (Hrsg.), *Widerstand im Dritten Reich*, Frankfurt 1984.

manches in diesen Projekten, das sich als politisch anregend erweisen kann. Aber progressiv gemeinte Alternativen, die ohne Erfolg in den Lauf der Geschichte hineingedacht wurden, in ihrer historischen Würde ernstzunehmen, heißt auch nach den inneren Gründen ihres Scheiterns zu fragen.